



POLITIK / KOMMENTAR

Chile - Proteste gegen Gewalt wachsen an ...

(SB) - Soziale Bewegungen in Chile wurden immer von Frauen vorangetrieben. Vor Jahrzehnten, während der Diktatur, führten Frauen den Widerstand an - von der Organisation von Suppenküchen bis zum Kampf für die Menschenrechte. Unsere Rolle ist auch heute noch von zentraler Bedeutung ... (S. 4)

POLITIK / KOMMENTAR

USA - Demokratenzwist ...

(SB) - Auf einer Wahlkampfveranstaltung des demokratischen Präsidentschaftskandidaten Bernie Sanders am 5. März entrollt ein Nazi die Fahne des deutschen Faschismus - das schwarze Hakenkreuz auf weißem Kreis vor rotem Hintergrund. Die Eltern des 1941 in Brooklyn geborenen Sanders entstammen beide dem osteuropäischen Judentum ... (S. 7)

RELIGION / MEINUNGEN

Massenmorde an Juden vertuscht - Vatikan öffnet Geheimarchiv über Papst Pius XII.

(Feldbauer) - Papst Pius XII., das ist dokumentarisch belegt, hat in Italien und Deutschland als damaliger Kardinalstaatssekretär aktiv dazu beigetragen ... (S. 14)

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro München

Griechenland: Tausende von Menschen marschieren für Solidarität mit Flüchtlingen und Migranten

Nachricht aus der Redaktion Athen vom 6. März 2020



Bild: © Marianella Kloka

Mehr als 6.000 Menschen nahmen gestern Nachmittag an einem Solidaritätsmarsch für Flüchtlinge und Migranten im Zentrum von Athen teil. Der Aufruf zum Marsch war klar: "Wir stehen solidarisch mit den Flüchtlingen und Migranten gegen die Regierungen Griechenlands und der Türkei, die EU, Rassismus, Faschismus, Imperialismus und Krieg".

Solidaritätsmärsche fanden auch in anderen Städten Griechenlands statt, so in Thessaloniki, wo die Be-

teiligung ebenfalls massiv war, und in Ioannina.

Videoaufnahmen der Demonstration können unter diesem Link auf der Facebook-Seite von Pressenza Griechenland angesehen werden: <https://www.facebook.com/watch/?v=263179764669371>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0 - <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Int. Presseagentur Pressenza - Büro Berlin
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

BÜRGER UND GESELLSCHAFT / FAKTEN

SCHACH - SPHINX

Chile -

**Tausende Radfahrer*innen begeben sich auf die Straße,
um eine neue Verfassung zu fordern ...**

Die Bilder zeigen eindrücklich die Fahrradtour vom letzten Sonntagvormittag, wofür mehr als 25 verschiedene Aufrufe zur Demonstration für das Erwachen Chiles und für die Zustimmung des Entwurfs einer neuen Verfassung beim Plebiszit am 26. April zirkulierten.

Die Radfahrer*innen sammelten sich um 11 Uhr auf der Plaza de la Dignidad und führen in östlicher Richtung entlang der Avenida Providencia, vorbei an der Stadtverwaltung dieses Bezirks, zum Costanera Center - ein Gebäude, das symbolisch für den Konsumismus steht -, weiter zur Militärakademie und zum Viertel Los Domínicos, in dem Präsident Piñera wohnt.

Während dieser Demonstration der Revolución Ciclista Plurinacional (Kollektiv der Plurinationalen Radfahrerrevolution), begab sich gleichzeitig eine andere Gruppe auf den Weg zum Palast La Moneda (Präsidentenpalast), wo sie von Polizeikräften mit Wasserwerfer und Tränengas empfangen wurden.

Diese Massenbewegungen der Radfahrer*innen finden seit Beginn des Phänomens des sozialen Aufstandes Mitte Oktober jeden Sonntag statt. Anfang und Ende

der Demonstrationen ist immer die Plaza de la Dignidad. Das Ziel eines gleichberechtigten und gerechten Landes wird dabei mit gewaltfreien Demonstrationsmitteln verfolgt.

Die Übersetzung aus dem Spanischen wurde von Ioana Pavel aus dem ehrenamtlichen Pressenza-Übersetzungsteam erstellt.

Video zur Demonstration:
<https://www.facebook.com/1256316726/videos/10221409910937996/>

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:
Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

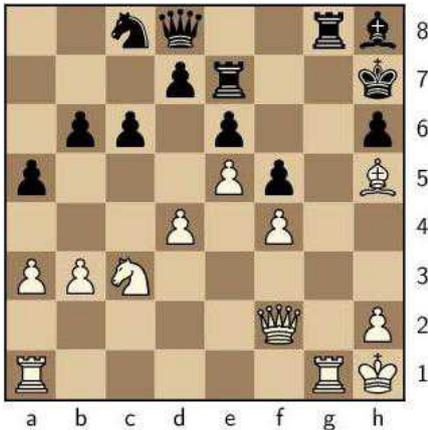
<http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/fakten/bfai0278.html>

**Sturmbringer gegen
solides Sitzfleisch**

(SB) - Deutschlands stärkster Schachspieler, Artur Jusupow, verdankt seine Spitzenposition durchaus auch seinem Sitzfleisch. Der ehemalige Russe, der schließlich die deutsche Staatsbürgerschaft erlangte, gilt nämlich als ein rechter Remisknochen. Wo sich ein Hafen für eine Punkteteilung am Horizont abzeichnet, da segelt er geraden Kurses mit seinem Parteschiff hin. Ihn von seinem Weg abzubringen, bedarf es dann mächtiger Winde. Sein Kontrahent muß sich dann schon etwas Gediegenes einfallen lassen. Im heutigen Rätsel der Sphinx traf Jusupow denn auch auf ein echtes Sturmkind. Garry Kasparow, in jungen Jahren noch mehr als heute, liebt gewitterträchtige Stellungen und ist allzu gern bereit, einen Bauern zu opfern, wenn er dafür respektable Chancen in taktischen Fahrwassern bekommen kann. Dennoch, selbst ein Kasparow muß bei einem Jusupow schwere Geschütze auffahren, sonst kommt er an einem Remis nicht vorbei. Im heutigen Rätsel der Sphinx spielte Kasparow mit den weißen Steinen. Hätte Jusupow nun mit seinem nächsten Zug Te7-g7 spielen können, wäre er aus dem Gefahrenbereich heraus gewesen, doch Kasparow am Zuge hatte den Sturmbringer im Kopf bereits ausgebrütet, Wanderer.

*Auflösung des letzten
Sphinx-Rätsels:*

Weiß steckte im Dilemma fest, und alle Begriffe der Schachkunst



Kasparow - Jusupow
UdSSR 1981

wendeten sich gegen ihn: 1...Kg8-g7! - mit der Mattdrohung 2...Td8-h8# - 2.Kh1-h2 Le3xc1 3.Ld3-e2 Td8-d2 - nun droht Turmverdopplung auf der zweiten Reihe - 4.Le2-d1 Tc8-h8+ 5.Kh2-g1 Lc1-b2! und Weiß gab auf. Gegen 6...Lb2-d4+ war kein Kraut gewachsen.

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph07205.html>

Anmerkungen:

[1] <https://www.friedenskooperative.de/friedensorganisationen/berliner-friedenskoordination-friko>

[2] https://www.dw-formmailer.de/forms.php?f=5918_112370

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0 - <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

BÜRGER UND GESELLSCHAFT / FAKTEN

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin

Offener Brief aus Berlin an die russländische Bevölkerung

von Stopp Defender 2020, 7. März 2020

Das Berliner Bündnis "Stopp Defender 2020" veröffentlicht auf der Webseite der Berliner Friedenskoordination (FRIKO) [1] folgenden offenen Brief an die russländische Bevölkerung.

*

Das gegenwärtig an der Westgrenze Ihres Landes abgehaltene Großmanöver "Defender 2020" der NATO-Staaten, mit Beteiligung Deutschlands und unter Führung der USA, ist Anlass für uns, diesen Brief an Sie zu richten.

Wir sehen in dieser gigantischen Kriegsübung eine verantwortungslose Provokation, die die Beziehung zwischen unseren Staaten belastet und die ohnehin vorhandenen Spannungen erhöht.

75 Jahre nach der Befreiung Europas vom Faschismus und der siegreichen Beendigung des Krieges maßgeblich durch die Rote Armee stehen wieder deutsche Soldaten an der russischen Grenze. Gleichzeitig werden östlich der Manöverlinie bei den Gedenkveranstaltungen und Siegesfeiern die Erinnerungen an die Nazi-Verbrechen im Bewusstsein der Menschen ganz besonders gegenwärtig sein.

Wir sind uns der großen Opfer bewusst, die Ihr Volk, die die Völker der Sowjetunion im Kampf gegen

den deutschen Faschismus gebracht haben. Wir vergessen nicht: Dem vom faschistischen Deutschland begonnenen Raub- und Vernichtungskrieg von unvorstellbarer Grausamkeit fielen 27 Millionen Bürgerinnen und Bürger der Sowjetunion zum Opfer.

Es ist uns darum wichtig, Sie wissen zu lassen, dass wir Krieg ablehnen. Wir verurteilen militärische Provokationen, wie dieses Manöver an der Westgrenze Ihres Landes. Außerdem widersetzen wir uns allen neuerlichen Versuchen, die Geschichte des 2. Weltkrieges zu fälschen. Wir sehen darin den Versuch, die aggressive Politik gegen die russische Föderation zu rechtfertigen.

In unserer Stadt, aber auch überall im Land, besonders entlang der Transportwege, die dem Manöver zur Verfügung gestellt wurden, bilden sich Gruppen und Initiativen, die sich untereinander vernetzen. Sie arbeiten daran, gegen das Manöver Widerstand zu leisten und informieren unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger über die konfrontative Politik der NATO-Staaten.

Wir sehen in Russland unseren Nachbarn. Wir wollen mit Ihnen in Frieden leben. Dafür setzen wir uns ein.

Laura v. Wimmersperg

Chile - Proteste gegen Gewalt wachsen an ...

Soziale Bewegungen in Chile wurden immer von Frauen vorangetrieben. Vor Jahrzehnten, während der Diktatur, führten Frauen den Widerstand an - von der Organisation von Suppenküchen bis zum Kampf für die Menschenrechte. Unsere Rolle ist auch heute noch von zentraler Bedeutung. Belén Calcagno (Chilenische Aktivistin aus Concepción) [1]

(SB) 9. März 2020 - Am Internationalen Frauenkampftag sind in Santiago de Chile nach Schätzungen der Polizei am Sonntag über 125.000, laut den Organisatorinnen rund 500.000 Demonstrierende auf die Straße gegangen. Die Menge der Protestierenden erstreckte sich nach Beobachtung von Journalistinnen der AFP über eine Länge von vier Kilometern. Als Demonstrierende versuchten, Barrieren rund um den Präsidentenpalast zu überwinden, wurden sie von der Polizei mit Tränengas und Wasserwerfern zurückgetrieben. "Wir werden heute Geschichte schreiben", hatte die Sprecherin des Organisationsbündnisses 8M, Javiera Mani, in der Zeitung El Mercurio angekündigt. Die Demonstrantinnen protestierten vor allem gegen die Gewalt gegen Frauen und forderten eine Liberalisierung des Abtreibungsrechts. Viele trugen grüne Kopftücher, die den Kampf für das Recht auf Schwangerschaftsabbruch symbolisieren. Sie forderten eine Stärkung der Frauenrechte in der neuen Verfassung und zeigten an vielen Stellen die

Performance "Un violador en tu camino" (ein Vergewaltiger auf deinem Weg) der chilenischen Gruppe Las Tesis, die in den vergangenen Monaten zur globalen Hymne der Feministinnen geworden war. [2] Beim feministischen Generalstreik am Montag versammelten sich landesweit sogar zwei Millionen Menschen auf den Straßen und Plätzen.

"Un violador en tu camino" wurde erstmals am 20. Oktober 2019 in Valparaíso aufgeführt, als Tausende Frauen vor einer Kathedrale gegen die Gewalt an Frauen protestierten. Die chilenischen Frauen wollen so gegen Frauenhaß und Vergewaltigung zu Felde ziehen. Die Täter werden nicht bestraft und Frauen verschwinden spurlos. Daher singen die chilenischen Frauen auch: "Das Patriarchat ist ein Richter, der uns verurteilt für unsere Geburt. Und unsere Strafe ist die Gewalt, die du jetzt siehst". Das Video wurde in kurzer Zeit weltweit geteilt, und Frauen in zahlreichen Ländern schlossen sich dem Protest an.

Seit Beginn der massenhaften Proteste in Chile Mitte Oktober 2019 ist es nach Angaben des Nationalen Instituts für Menschenrechte (INDH) in einem großen und organisierten Maße zu sexuellen Übergriffen und Vergewaltigungen von Mädchen und Frauen in Polizeigewahrsam gekommen. Es wurden etwa 200 Fälle von sexualisierter Gewalt in Polizeiwachen registriert. Die Foto-

journalistin Albertina Martínez Burgos wurde brutal ermordet, weil sie Fälle sexueller Gewalt von Polizisten während der Demonstrationen dokumentierte. Am 23. November 2019 fand man sie in ihrem Haus in Santiago de Chile. Die 38jährige war vor ihrem Tod verprügelt worden und ihr Körper war mit Stichwunden übersät. Ihre Kamera und der Computer waren verschwunden. Als weitere Warnung für alle Frauen, die gegen die Regierung protestieren, wurde Daniela Carrasco vergewaltigt, gefoltert und umgebracht. Die 36 Jahre alte Straßenkünstlerin, bekannt als La Mimo, wurde zuletzt bei ihrer Verhaftung durch die Polizei gesehen. Wenig später fand man sie an einem Zaun südlich von Santiago aufgehängt. Andere Aktivistinnen mußten ins Ausland fliehen, nachdem sie wiederholt Morddrohungen erhalten hatten.

Seit Oktober letzten Jahres wird Chile von einem sozialen Aufstand erfaßt, der in den größten Demonstrationen in der Geschichte des Landes kulminierte. Die Protestwelle war von Schülerinnen und Schülern der Mittelstufe initiiert worden, die gegen hohe Preise im Nahverkehr zu massenhaftem Schwarzfahren aufriefen. Die Proteste weiteten sich binnen kürzester Zeit zu landesweiten Unruhen und Streiks aus, die den Zorn angesichts steigender Kosten in vielen Bereichen, aber bald auch die extreme Ungleichheit und die staatliche

Gewalt zur Sprache brachten. Verschiedene Berufsverbände schlossen sich dem Protest an, Lehrer, Krankenhauspersonal und Bergarbeiter streikten, wichtige Verkehrsadern wurden blockiert.

Mit Beginn der Weihnachtszeit und der Sommerpause flachten die landesweiten Demonstrationen dann zunächst etwas ab. Inzwischen hat das neue Schuljahr und Hochschulsemester begonnen, womit für viele Familien die Urlaubszeit endet. Seither gewinnen die sozialen Proteste wieder an Fahrt. Am ersten Montag im März erwachte Santiago mit über 80 Barrikaden an zentralen Plätzen der Hauptstadt, die den Verkehr weitgehend zum Erliegen brachten. Im Laufe des Tages wurden Dutzende Schulen und Universitäten besetzt, während Tausende Menschen in allen Teilen der Stadt die U-Bahn-Stationen übernahmen, so daß die Züge ohne gelöste Fahrkarten benutzt werden konnten. Gegen Abend wurden weitere Barrikaden errichtet, und vielerorts versammelten sich Menschen, um ihrem Unmut durch das Schlagen mit Löffeln gegen Töpfe und Pfannen Luft zu machen.

Am vorangegangenen Freitag war mit dem 24jährigen Ariel Montero bereits das 46. Todesopfer durch Polizeigewalt zu beklagen. Die Polizei ging massiv gegen die Protestierenden vor, am Montag schoß sie zwei weiteren Menschen die Augen aus und in der Stadt Antofagasta nach Angaben von Augenzeugen mit scharfer Munition auf eine junge Demonstrantin. Dort wie auch in Concepción und Temuco kam es ebenfalls zu Aktionen. Regionale Probleme wie Wasserknappheit,

der Kampf der Indigenen gegen Rassismus und Landraub oder die Räumung von Siedlungen trugen zur größeren Mobilisierung bei. Im März sind weitere Proteste gegen die Fahrpreise im Nahverkehr, das marode und privatisierte Bildungssystem und die niedrigen Löhne zu erwarten. Soziale Bewegungen und Initiativen gegen das Rentensystem, für sozialen Wohnungsbau oder gegen Wasserprivatisierung haben Demonstrationen angekündigt. Zudem geht die Kampagne für eine neue Verfassung, über die am 26. April abgestimmt werden soll, in die heiße Phase. Vorläufiger Höhepunkt sind jedoch der Weltfrauentag und der darauf folgende Generalstreik, die abermals unterstreichen, daß die Kämpfe der Frauen die diversen Strömungen des Protests anführen. [3]

So rief das Bündnis 8M (Coordinadora Feminista 8M - CF8M) zusammen mit weiteren Organisationen zu einem "feministischen März" auf und kündigte einen sogenannten "Mobilisierungskalender" an. Fast täglich sind politische Aktionen geplant, und die 16 Hauptforderungen vereinen sich unter dem Motto "Gegen die Prekarisierung des Lebens". Darin enthalten ist die Bekämpfung von Sexismus und Rassismus im Alltag wie auch die Verbesserung von Sozialleistungen etwa bei Wohn- und Arbeitsrechten oder der sozialen Absicherung. Am Tag des Generalstreiks legen Frauen ihre produktive und reproduktive Arbeit nieder, um auch die Hausarbeit und die informelle Arbeit sichtbar zu machen. Die feministische Bewegung hat in Chile wie auch in vielen Nachbarländern massiven Zuwachs erfahren.

Präsident Miguel Juan Sebastián Piñera Echenique hatte zunächst versucht, den anwachsenden Protest mit massiver Repression niederzuschlagen. Als das Land jedoch einer Staatskrise entgegensteuerte, da sich die sozialen Bewegungen sehr schnell radikalisierten und weit über Tagesforderungen hinaus eine grundsätzliche Änderung des Gesellschaftssystems forderten, täuschte der Staatschef in einer vorgeblichen Kehrtwende plötzlich Einsicht und Kompromißbereitschaft vor. Seither geht die Regierung doppelgleisig vor und erfüllt dem Schein nach einige Forderungen, während die Polizei mit unverminderter Härte zuschlägt. Nach Angaben des INDH wurden seit Beginn der Proteste im letzten Oktober bereits 46 Menschen getötet, rund 3.700 verletzt und mehr als 10.300 festgenommen, wobei die Generalstaatsanwaltschaft sogar von mehr als 22.000 Festnahmen spricht. Bei zwölf Prozent davon handelt es sich um Kinder und Jugendliche.

Inmitten erneut anwachsender Proteste erließ Piñera Ende Februar eine Steuerreform, die Teil der Kompromisse sei, welche die Regierung mit der parlamentarischen Opposition ausgehandelt habe. Der Präsident hatte mehrfach Verbesserungen in Aussicht gestellt und erklärte nun, die Reform solle durch eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 40 Prozent die Besserverdienenden stärker belasten und darüber neue Investitionen sowie die Umsetzung der Forderungen der sozialen Bewegungen finanzieren. Die Reform stößt jedoch auf breite Kritik, da sie durch mögliche vorzeitige Abschreibungen und eine explizite Investitionsorientierung

die Unternehmen und nicht die breite Bevölkerung begünstige, während die Steuererhöhung für Besserverdiener nur symbolisch sei. Zudem würde die Durchsetzung der Mehrwertsteuer verstärkt, die proportional stets die ärmeren Bevölkerungsteile stärker treffe. Während Teile der parlamentarischen Opposition von einem Betrug sprachen, betonte die Regierung ungerührt, daß die vorbildliche Zusammenarbeit mit der Opposition dieses Gesetzesvorhaben ermöglicht habe. Ungeachtet der tagtäglich auf der Straße vorgetragenen Forderung nach seinem Rücktritt erklärte Piñera: "Chile muss heute mehr denn je diesen Geist des Dialogs, der Zusammenarbeit und der Vereinbarungen am Leben erhalten. Die Herausforderungen, die vor uns stehen, sind zu groß, um sich über Kleinigkeiten zu zerstreiten." [4]

Die vom Präsidenten nicht näher ausgeführten "Kleinigkeiten" haben dazu geführt, daß in Chile 0,1 Prozent der Superreichen 19,5 Prozent des Gesamteinkommens und 1 Prozent 35 Prozent des Reichtums auf sich vereinen. Daß im "ungleichsten Land der Welt" für den Rest der Bevölkerung wenig übrigbleibt, außer diesen Reichtum für andere zu erwirtschaften, liegt ebenso auf der Hand wie die berechtigte Sorge in Kreisen der sechs bis acht Familien, welche die Wirtschaft des Landes kontrollieren, daß sie von einer massenhaften sozialen Erhebung weggefegt werden könnten.

Die Verfassung Chiles stammt noch aus der Zeit der Militärdiktatur und wurde nach deren Ende 1990 nur graduell verändert. Die Protestbewegung nahm die For-

derung nach einer neuen Verfassung auf. Ende vergangenen Jahres lenkte Piñera schließlich ein und legte den 26. April als Termin eines ersten Referendums über die Ausarbeitung einer neuen Verfassung fest. Während die Mobilisierung für dieses Vorhaben an Schwung gewinnt, wagt sich die chilenische Rechte nach Monaten in der Defensive aus der Deckung und hält mit einer Medienkampagne wie auch Aktionen in der Öffentlichkeit dagegen. Dabei ist es bereits zu Zusammenstößen zwischen den beiden Lagern gekommen. So versammelten sich mehrere hundert Demonstranten unter chilenischen und US-Fahnen wie auch Bildern Pinochets vor der Militärschule im Reichenviertel Las Condes und griffen Andersdenkende mit Holzstöcken an. Zudem beschimpften und schlugen sie Journalisten des Magazins The Clinic und zerstörten deren Presseausweise. [5]

Es steht zu erwarten, daß die Auseinandersetzungen an Schärfe zunehmen werden, je näher der 26. April rückt. Da nicht nur darüber abgestimmt werden soll, ob Chile eine neue Verfassung bekommt, sondern auch wer diese gegebenenfalls erstellen wird, bleibt der Inhalt zwangsläufig hoch umstritten. Die Regierung legt es zweifellos darauf an, die Protestbewegung damit auf ein Abstellgleis zu lenken und ruhigzustellen, notfalls zahnlose Änderungen in Kauf zu nehmen, welche die herrschenden Verhältnisse weitgehend festschreiben. Ob eine neue Verfassung mehr als ein Befriedigungsmanöver sein kann, hängt maßgeblich vom Druck auf der Straße ab. Bislang konnte Piñera Zeit schinden und hoffen,

daß sich die Proteste irgendwann erschöpfen und sich das veränderte gesellschaftliche Klima nicht in konkreten Umbrüchen zu Lasten der Eliten niederschlägt. Sollten die Auseinandersetzungen auf eine gravierende Zäsur zu steuern, steht zu befürchten, daß der Präsident eher zur Waffengewalt greifen als seinen Platz räumen und einem tatsächlichen Umbruch den Weg freigeben wird.

Anmerkungen:

[1] www.netzfrauen.org/2020/03/08/chile-8/

[2] www.orf.at/stories/3157066/

[3] www.amerika21.de/2020/03/237888/chile-pinera-protest-maerz-schueler-unis

[4] www.amerika21.de/2020/03/237987/chile-proteste-steuerreform-pinera

[5] www.jungewelt.de/artikel/372833.proteste-in-chile-rechtes-aufbaumen.html

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/raub1229.html>

*Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ...
Kommentare ... Interviews ...
Reportagen ... Textbeiträge ...
Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...
<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>*

USA - Demokratenzwist ...

(SB) 9. März 2020 - Auf einer Wahlkampfveranstaltung des demokratischen Präsidentschaftskandidaten Bernie Sanders am 5. März entrollt ein Nazi die Fahne des deutschen Faschismus - das schwarze Hakenkreuz auf weißem Kreis vor rotem Hintergrund. Die Eltern des 1941 in Brooklyn geborenen Sanders entstammen beide dem osteuropäischen Judentum. Der in Galizien gebürtige Elias Ben Yehuda Sanders wanderte 1921 in die USA ein, seine Mutter Dorothy Sanders war als Kind aus Rußland in die USA eingewanderte jüdischer Eltern ebenfalls in der Tradition desjenigen Teils des europäischen Judentums aufgewachsen, das am meisten von der systematischen Vernichtungspolitik des NS-Regimes betroffen war. Zahlreiche Verwandte beider Elternteile waren im Holocaust ermordet worden, was maßgeblich zur frühen Politisierung des in den bescheidenen Verhältnissen einer New Yorker ArbeiterInnenfamilie aufgewachsenen Politikers und Gewerkschafters beitrug.

Der antisemitische Affront fand in deutschen Medien, wenn überhaupt, nur wenig Beachtung, obwohl über den Nominierungswahlkampf der US-Demokraten regelmäßig berichtet wird. Doch Bernie Sanders scheint den JournalistInnen in der Bundesrepublik nicht ganz geheuer zu sein. Im Zweifelsfall dagegen - wer sich in den USA als demokratischer So-

zialist bezeichnet, kann, selbst wenn er im deutschen Parteienspektrum in der SPD angesiedelt wäre, kaum eine Empfehlung für die Presse eines Landes sein, dessen Allianz mit den USA als Chance wie Bedingung zur Durchsetzung eigener imperialistischer Ambitionen begriffen wird. Gerade weil antisemitische Angriffe auf Bernie Sanders in den USA virulent sind, wie CNN-Kommentator Michael Smerconish am 29. Februar mit dem Titel seines Kommentares bewies: "Können das Coronavirus oder Bernie Sanders noch gestoppt werden?" [1], wäre zu erwarten gewesen, daß auch diese Seite des US-Vorwahlkampfes hierzulande Erwähnung findet. Menschen jüdischen Glaubens unter Verweis auf ihre Herkunft der Übertragung von Infektionskrankheiten zu bezichtigen war ein Kernelement antisemitischer NS-Propaganda [2], das weiß man auch in den USA, wo sich CNN für den Vergleich entschuldigen mußte.

Mit dem auf drei BewerberInnen geschrumpften Feld - Joseph Biden, Bernie Sanders, Tulsi Gabbard - sind die Erfolgchancen des linken Kandidaten nicht eben gestiegen. Da die Führung der US-Demokraten vor allem das eine Ziel hat, einen Präsidentschaftskandidaten Sanders zu verhindern, dürfte die Freude über den Ausstieg der KandidatInnen Peter Buttigieg, Tom Steyer, Amy Klobuchar und Michael Bloomberg dort ungeteilt sein.

Alle vier haben Stimmen von Biden abgezogen, während der erklärte Sozialist Sanders mit seiner Anhängerschaft allein auf weiter Flur steht. In einem Land, wo das politische Attribut "liberal" mit "links" gleichgesetzt wird und aggressiver Antikommunismus unverändert breiter Konsens ist, hat das Parteienduopol der Republikaner und Demokraten stets verstanden, tatsächlich linke KandidatInnen unter Gesinnungsverdacht zu stellen und auszumanövrieren.

Im Ergebnis dieser Strategie dürfte nicht wenigen Mitgliedern der Demokratischen Partei eine Wiederwahl Trumps als das kleinere Übel erscheinen. Sanders steht im bestenfalls bescheiden zu nennenden Feld sozialpolitischer Vorschläge seiner Partei mit Abstand am meisten für die Interessen erwerbsarmer und mittelloser Menschen ein. Die von ihm angestrebte Reform des Krankenversicherungssystems öffnete das völlig überbezahlte und dennoch nicht sehr leistungsfähige Gesundheitswesen auch denjenigen, die bislang aufgrund mangelnder Versorgung vorzeitig sterben müssen oder deren Familien obdachlos werden, weil die Finanzierung etwa einer Krebstherapie alle vorhandenen Mittel aufzehrt.

Sanders tritt für die Abschaffung der Studiengebühren ein, die den klassengesellschaftlichen Charakter des US-Bildungssystems begründen, weil nur die Kinder

wohlhabender Familien an die Universität gehen können, wenn sie nicht jahrzehntelang Studienkredite abzahlen wollen. Er propagiert einen Green New Deal, wie von der demokratischen Abgeordneten Alexandria Ocasio-Cortez vorgeschlagen, der auch die sozialen Defizite anspruchsvoller Klimaschutzmaßnahmen bewältigen soll. Er kritisiert das menschenfeindliche, kleine Kinder kriminalisierende Lagersystem der US-Grenzschutzbehörde ICE ebenso wie den brutalen und rassistischen Strafvollzug seines Landes, tritt für das Recht auf Abtreibung und für LGBTIQ-Rechte ein, er hat sich mit Black Lives Matter solidarisch erklärt, die Siedlungspolitik Israels kritisiert und ist ein ausgesprochenen Kritiker der aggressiven US-Außenpolitik.

All das stößt im Parteiestablishment der Demokraten auf entschiedene Ablehnung. Zu wissen, daß die Verhinderung eines Präsidentschaftskandidaten Sanders erstes parteipolitisches Ziel ist, selbst wenn dafür eine zweite Amtszeit Donald Trumps im Weißen Haus in Kauf genommen werden muß, ist der Schlüssel zum Verständnis des US-Vorwahlkampfes. Nicht von ungefähr drängen sich Parallelen zur massiven Bekämpfung des Labour-Chefs Jeremy Corbyn aus den Reihen der eigenen Partei auf, was zu einer dementsprechend drastisch ausfallenden Niederlage Labours bei der Unterhauswahl im Dezember führte.

In den meisten Ländern agieren sozialdemokratische Parteien heute als Vollstreckungsgehilfen des Monopolkapitals. Es

reicht nicht einmal mehr zum Klassenkompromiß, derartiger Stillhalteabkommen bedarf es nach dem Untergang der realsozialistischen Welt nicht mehr. So sehr SPD und andere auf eine große Vergangenheit als Traditionslinke zurückblicken mögen, heute lautet die Parteiräson "Überleben um jeden Preis", also auch als Instrument des neoliberalen Wettbewerbsstaates. Bernie Sanders wiederum steht mit seinen genuin sozialdemokratischen Positionen so weit links, daß er als Herausforderer Trumps weit größere Erfolgchancen als Biden hätte, der in vielen Programmpunkten auf dessen Linie liegt. Tulsi Gabbard hat faktisch keine Chance, bleibt aber im Rennen, möglicherweise um sich auf eine nächste Kandidatur vorzubereiten. Eine Wahl Bernie Sanders zum US-Präsident könnte gesellschaftliche Folgen zeitigen, die den arrierten Sozialstatus der Parteilbourgeoisie kaum unbeschadet ließen. Daher gilt für sie auch in Zukunft, Sanders unbedingt zu verhindern.

Anmerkungen:

[1] <http://www.redwedgemagazine.com/online-issue/bad-moon-rising?fbclid=IwAR0L9F68om6Ji1gHKa0ItQS9WOz3vxSqqgrZobVrr0WUalx5flPVkVsKIY>

[2] <http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/sele1047.html>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/herr1873.html>

POLITIK / SOZIALES

*poonal - Pressedienst
lateinamerikanischer
Nachrichtenagenturen*

Mexiko Tausende Frauen demonstrieren in Hermosillo gegen Feminizide

von Silvia Núñez Esquer

(Hermosillo, 24. Februar 2020, cimac noticias) - Rund 3.000 Frauen füllten am Sonntag den 23. Februar die Straßen der Stadt Hermosillo im nordmexikanischen Bundesstaat Sonora. Jugendgruppen hatten auf Facebook zu Demonstrationen aufgerufen.

Es war ein Protestmarsch, wie man ihn dort zuvor noch nicht erlebt hat. Tausende nahmen teil und alles nur Frauen. Die jungen Demonstrantinnen trugen Plakate, Banner und Schilder, die auf den Anstieg an Feminiziden in Mexiko und insbesondere dem Bundesstaat Sonora aufmerksam machten.

Der Protestmarsch nahm seinen Anfang an der Straßenecke zwischen dem Museum und der Bibliothek der Universität von Sonora. Von dort aus zogen die Demonstrantinnen erst den Boulevard Luis Encinas entlang in Richtung Innenstadt und folgten dann der Straße Juárez, bis sie die belebte Avenida Serdán erreichten.

Anschließend marschierten sie zum Rathaus, dem Palast der Landesregierung und brachen von



Foto: © Cimac Noticias /
Silvia Núñez Esquer

dort auf in Richtung der Behörden und Institutionen, die für die Prävention und Ahndung von Gewalttaten gegenüber Frauen zuständig sind.

Die Route führte außerdem entlang weiterer Regierungsgebäude, dem Nationalkongress, dem Justizgebäude sowie der stellvertretenden Staatsanwaltschaft für Feminizide und andere geschlechterspezifische Straftaten.

Auf dem Vorplatz des obersten Gerichts kam der Protestmarsch zum Halten. Dort verlasen die Demonstrantinnen mehrere Erklärungen und führten eine kurze Inszenierung zum Thema Gewalt gegen Frauen auf. Anschließend machten sie sich auf den Weg zur

stellvertretenden Staatsanwaltschaft, welche zuständig ist für Straftaten gegenüber Frauen.

Gerichtsgebäude lässt Demonstrantinnen im Dunkeln stehen

Dort allerdings kam es zu einem Zwischenfall, als das Personal des Gebäudes sämtliche Lichter, außen sowie innerhalb des Eingangsbereichs, ausschaltete. Die Demonstrantinnen wollten jedoch ihre Erklärung weiter vortragen, welche einige Rednerinnen von ihren Handys vorlasen, andere jedoch hatten ihren Teil der Rede auf Papier gedruckt.

Als ihre Forderung weiter ignoriert wurde, brachten die Protestierenden ihre Banner und Plakate oben an den Zäunen an, wie sie es bereits bei früheren Protest-

märschen gemacht hatten. Da sich das Sicherheitspersonal weiterhin unwillig zeigte, das Licht wieder einzuschalten und auch nicht bereit war zu erklären, warum die Demonstrantinnen im Dunkeln stehen mussten, schalteten sie die Taschenlampen ihrer Handys ein. Die kleinen Lichtquellen reichten jedoch nicht aus, um die Erklärung weiter verlesen zu können, sodass die jungen Frauen und Mädchen weiter forderten, die Lichter des Gerichtsgebäudes einzuschalten, ebenso wie die Lampen, die normalerweise bei Einbruch der Dunkelheit eingeschaltet werden.

Letztendlich beschloss eine kleine Gruppe der Demonstrantinnen, auf das Gelände vorzudringen, um selbst das Licht wieder einzuschalten. Durch den gemeinsamen Einsatz der Gruppe entfernten

ten sie eines der Gitter aus dem Tor. So gelangten einige Demonstrantinnen auf das Gelände. Aufgrund der Dunkelheit konnte man nur Schatten erkennen, es ist daher unklar, was sie im Inneren des Geländes taten.

Arbeit der Justiz lässt "zu wünschen übrig"



'Unsere Befreiung.
Unsere Revolution'
Foto: © Cimac Noticias /
Silvia Núñez Esquer

Während der Kundgebung kritisierte ein Rednerin und Anwältin für Frauenrechte, dass "die Justiz noch viel zu wünschen übrig lässt". Tatsächlich sinkt die Zahl der Verurteilungen für Feminizide, Sexualstraftaten und Pädophilie Tag für Tag.

Durch seine Untätigkeit trage der Staat nicht nur symbolisch, sondern auch institutionell zum Anstieg der Gewalt gegenüber Frauen bei. Gerade die Justizbeamtinnen müssten die nötigen Kenntnisse besitzen, um angemessen entscheiden und urteilen zu können.

"Ingrid, Fátima und viele weiteren Frauen sind Beispiele dafür, wie die Justiz uns im Stich gelassen hat. Es gibt keine Sicherheit für Frauen und Mädchen, deshalb brauchen wir Personal, das empathisch ist und sich in die Lage der Betroffenen hineinversetzen kann", erklärte die Rednerin.

"Gehen die Frauen in ihrer Not zum Staatsanwalt, schreit dieser

sie an. Gehen die Frauen zum Gerichtsmediziner, behandelt er sie unfreundlich." Deshalb seien sie zu Tausenden versammelt und trügen ihre Forderungen vor. "Ich spreche hier für die Frauen und Mädchen, die ich verteidige", so die Anwältin.

"Warum müssen wir Frauen immer ums Überleben kämpfen?"

Eine weitere Rednerin, die ihr Gesicht mit einer Maske verdeckt hat, las ein Gedicht vor, in dem sie alle Gewalttaten aufzählt, denen Frauen von ihrer Geburt an ausgesetzt sind:

"Warum müssen wir uns immer verteidigen, um zu überleben?", fragte sie sich.

Überleben - die Enttäuschung des Vater darüber, dass du kein Junge bist. Überleben - den Cousin, den Onkel oder den Nachbarn, der dir zwischen die Beine gefasst hat, als du gerade einmal vier Jahre alt warst.

Überleben - den Pädophilen, der dir auf dem Schulweg aufgelauert hat. Überleben - die Abscheu vor dem Ersten, der vor dir auf der Straße masturbierte, als du neun Jahre alt warst.

Überleben - denjenigen, der dich vergewaltigt hat und ungestraft geblieben ist; und in derselben Straße wohnt wie du, wie immer. Überleben - deinen Sportlehrer in der Mittelstufe, der dir immer auf den Hintern geschaut hat.

Überleben - alle diejenigen, die über deinen Körper geredet haben, deinen Körper einfach so berührt haben. Überleben - und sich wegen etwas davon oder allem zusammen nicht das Leben nehmen. Und zu erreichen, dass dich keiner von ihnen umbringt. Und dieser Arzt, der dir an die Brüste ge-grapscht hat. Und der andere Arzt, dich überall angefasst hat, und du bist trotzdem still geblieben, weil er eine Abtreibung durchgeführt hat.

Die Gewalt bei der Entbindung, die dich fast bei der Geburt hätte sterben lassen. Die Narben, die sie überall auf deinem Körper hinterlassen haben. Die Gewalt bei der Entbindung, die fast dein Kind getötet hätte. Warum müssen wir Frauen immer ums Überleben kämpfen?", beendete sie ihr Gedicht.

Richter und Bürgermeisterin erstatten Anzeige gegen Demonstrantinnen

Als Reaktion auf den Protest erklärte Francisco Gutiérrez, der Präsident des Obersten Gerichtshofes, dass die auf dem Gerichtsgelände begangenen Aktionen, der er als "verschiedene Straftaten", bezeichnete, strafrechtlich verfolgt werden müssten.

Die Bürgermeisterin von Hermosillo, Célida López Cárdenas, forderte ihrerseits in einem Tweet, dass Ermittlungen eingeleitet und Strafen verhängt werden müssten: "Die Öffentlichkeit fordert, dass diejenigen identifiziert und gewarnt werden müssen, die für Gewalt in der Frauenbewegung verantwortlich sind", schrieb sie.

In Sonora wurden 117 Frauen allein im Jahr 2019 ermordet. Jedoch wurden davon nur 41 Fälle als Feminizide eingestuft und untersucht. In diesem Jahr 2020 zeichnet sich ein steigender Trend ab. Bereits im Januar wurden 17 Frauen ermordet, im Februar drei. Nur zwei dieser Taten wurden jedoch als Feminizide eingestuft.

Übersetzung: *Claudia Bothe*

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/feminismus-queer/tausende-frauen-demonstrieren-in-hermosillo-gegen-feminizide/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0

international - <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber:
Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/soziales/psfra827.html>

REPRESSION / FAKTEN / INTERNATIONAL

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Kolumbien

Ein Auge verloren, doch Cristian kämpft weiter

von Sandra Gutiérrez

(Bogotá, 24. Februar 2020, *contagio radio*) - Cristian Rodríguez ist eine von zwölf Personen, die durch den überzogenen Einsatz von Polizist*innen der Spezialeinheit ESMAD eine schwere Augenverletzung erlitten haben. Die Polizeieinsätze fanden im Rahmen von Aktionen während des landesweiten Streiks Ende des vergangenen Jahres in Kolumbien statt.

Am 16. Dezember 2019 stand Cristian Rodríguez am Eingang der Universidad Nacional in der kolumbianischen Hauptstadt Bogotá an der Carrera 30. Zusammen mit anderen versuchte er, in die Bildungseinrichtung zu gelangen, um dem Tränengas zu entkommen, das von der Mobilien Aufstandsbekämpfungseinheit ESMAD [1] (Escuadrón Móvil Antidisturbios) abgefeuert wurde.

In weniger als einer Sekunde verlor er sein Augenlicht [2] auf dem linken Auge.

34 Todesopfer dieser Polizeigewalt

Dieses Ereignis ist Teil der Bilanz dieser Polizeieinheit, die in den 20 Jahren ihres Bestehens mindestens 34 Menschen getötet hat -

und die allein in den ersten zehn Tagen des Streiks (vom 21. bis zum 30. November 2019) 300 zumeist junge Demonstrant*innen verletzt hat.

Cristian wurde am 16. Dezember verwundet, als er an einer Demonstration teilnahm, die zur Nationalen Universität Kolumbiens führte. Laut dem medizinischen Gutachten ist der Augapfel geplatzt, was zu einem Totalverlust seines linken Auges geführt hat.

Aber warum in die Augen? Laut der Menschenrechtsverteidigerin und Angehörigen der Kommission für Gerechtigkeit und Frieden, Camila Forero, gäbe es keinen Raum für Verletzungen oder gar die Tötung von Menschen, würde der ESMAD im Einklang mit den Menschenrechten agieren.

Für sie sind diese Aktionen jedoch Ausdruck der übermäßigen Gewalt dieser Einheit und ihres falschen Umgangs mit Waffen, die theoretisch nicht tödlich sind, und der fehlenden Achtung der Menschenrechte, um das Leben zu schützen.

Warum in die Augen?

Im Fall der Augenverletzungen betont die Menschenrechtsverteidigerin, dass diese in erster Linie eine Folge der Missachtung des Einsatzprotokolls für die Projektile sind, die in die Luft oder auf den Boden abgeschossen werden sollten, um die Menge auseinander zu treiben, aber niemals frontal auf die Menschen gerichtet werden sollten.

Zweitens stellt Forero fest, dass dies auch mit der Ausbildung dieser Einheiten zusammenhängt: "Der ESMAD ist ein klares Beispiel dafür, wie diesen Menschen eine Doktrin des Feindes im Innern auferlegt wird - und wie das dann umgesetzt wird, so dass Leben und Augen vernichtet werden."

Was den unsachgemäßen Einsatz von Waffen betrifft, forderte die Generalstaatsanwaltschaft die Polizei am 14. Januar 2020 auf, den Einsatz von Gewehren des Kalibers 12 unverzüglich auszusetzen, die der ESMAD zur Auflösung von Unruhen und Straßenblockaden verwendet. Genau diese eigentlich nicht-tödliche Waffe war es, die Dilan Cruz am 23. November getötet hat.

Forderung nach Auflösung des ESMAD

Die NGO Temblores hat in ihrem Bericht "Raus auf die Straße. Offizielles Schweigen: Ein ohrenbetäubender Schrei nach Gerechtigkeit nach 20 Jahren ESMAD" [3] dokumentiert, dass seit der Gründung des ESMAD insgesamt 34 Menschen ermordet wurden - mutmaßlich von Uniformierten.

Die Zahl der Verletzten ist laut Forero schwerer zu ermitteln, da die überwiegende Mehrheit von ihnen die Verletzungen gar nicht erst anzeigt. Trotzdem betonte sie, dass durch den ESMAD allein in den ersten zehn Tagen des landesweiten Streiks 2019 300 Personen verletzt worden sind.

"Dass der ESMAD auftaucht, um die öffentliche Ordnung auf-

recht zu erhalten, ist an sich schon gewalttätig. Denn es handelt sich um eine unkontrollierbare Kampfeinheit; und da muss man dessen Existenz in Frage stellen und darüber sprechen, diese Einheit aufzulösen", so Forero.

Für ein anderes Kolumbien

Cristian Rodríguez findet es "nicht fair, dass ein Bürger unter solchen Umständen ein Organ verliert". Deshalb betont er, wie dringend notwendig es ist, die Arbeit dieser Institution "neu zu überdenken". Genauso betont er, dass er bereits Anzeige gegen den Staat eingereicht habe, er wisse aber auch, wie mühsam und gefährlich diese Art von Anzeigen für mehr Gerechtigkeit sein könnten.

Laut dem Bericht von Temblores bleiben Ermittlungen gegen Angehörige dieser Einheit meist ohne Ergebnisse. Von 1999 bis 2019 wurden lediglich zwei Strafgerichtsprozesse gegen Polizisten des ESMAD geführt, die nur in einem Fall mit einem Urteil endeten.

Cristian will sich trotzdem weiterhin für den Aufbau und die Verteidigung eines anderen Kolumbiens einsetzen. Obwohl sein Leben für immer verändert wurde, ist diese Tat doch ein weiterer Grund für ihn, auf ein anderes Land hinzuarbeiten.

Anmerkungen:

[1] <https://es.wikipedia.org/wiki/Escua->

dr%C3%B3n_M%C3%B3vil_Anti-
disturbios

[2] <https://youtu.be/h9ImUxE8hNA>

[3] https://www.academia.edu/41239342/Silencio_Oficial_un_aturdido_grito_de_justicia_por_los_20_a%C3%B3s_del_Esmad

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/repression-widerstand/ein-auge-verloren-doch-cristian-kaempft-weiter/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*



Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: poonal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/repress/fakten/rf0i0432.html>

BILDUNG UND KULTUR / FAKTEN / SPRACHE

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Mexiko

Indigene Sprache wird nur noch von sechs Personen gesprochen

von José Díaz

(Lima, 21. Februar 2020, Servindi) - Ixcateco ist eine Sprache, die ihren Ursprung im mexikanischen Bundesstaat Oaxaca hat. Sie wird nur noch von sechs Personen gesprochen und steht daher kurz davor, auszusterben. Einer der Menschen, der diese Sprache spricht, ist 94 Jahre alt und bedauert, niemanden zu haben, mit dem er reden oder an den er seine Muttersprache weitergeben kann.

Mit 68 offiziell registrierten indigenen Sprachen ist Mexiko nach Brasilien das Land mit der zweitgrößten sprachlichen Vielfalt. Und obwohl eine Politik zum Schutz und zur Verbreitung der ursprünglichen Sprachen entwickelt wurde, läuft eine davon Gefahr, sehr bald zu verschwinden.

Ixcateco wird nur in der Gemeinde Santa María de Ixcatlán gesprochen. Einer der nur sechs Nutzer*innen dieser Sprache ist 94 Jahre alt. Sein Name ist Pedro Salazar, ein Bewohner des Ortes, der bedauert, mit niemandem seine Sprache teilen zu können.

"Wenn es jemanden gäbe, mit dem ich sprechen könnte, könnte ich über jede Sache auf Ixcateco

diskutieren, aber da es niemanden gibt ... Wenn Sie mir auf Ixcateco antworten, dann können wir reden", sagte Pedro Salazar Ende Februar gegenüber der Nachrichtenagentur EFE.

Versuche zur Rettung der Sprache

Das bevorstehende Verschwinden dieser Sprache hat bei den lokalen Behörden von Oaxaca Besorgnis ausgelöst. Zu den Maßnahmen, die ergriffen wurden, gehörte die Platzierung von Straßenschildern und Ankündigungen in Ixcateco. Diese Aktivitäten haben aber nicht zu einer Wiederbelebung der Sprache geführt.

Derzeit ist der erfolgversprechendste Versuch, diese Sprache zu erhalten oder zumindest einen Nachweis über sie zu erbringen, die Arbeit einer Gruppe von Sprachwissenschaftler*innen der Bibliothek Juan de Córdova der Stadt Oaxaca, die kleine Kampagnen zur Verbreitung von Büchern in Ixcateco durchgeführt haben.

Außerdem habe diese Sprachwissenschaftler*innen die Bewoh-

RELIGION / MEINUNGEN / STANDPUNKT

ner*innen von Santa María de Ixcatlán aufgesucht, um Gespräche zu führen und Audio- und Videoaufnahmen der Sprache zu machen. Auf diese Art und Weise wurde auch festgestellt, dass nur noch sechs Personen diese Sprache sprechen. Kann diese Situation noch umgekehrt werden?

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/kultur-medien/indigene-sprache-wird-nur-noch-von-sechs-personen-gesprochen/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*



Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber: Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.

Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: poonal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/bildkult/fakten/bkfs1018.html>

Massenmorde an Juden vertuscht - Vatikan öffnet Geheimarchiv über Papst Pius XII.

Papst Pius XII. war stets ein Schutzherr des Faschismus

**Die Hauptanklage gegen ihn lautet, die ihm bekannt gewordenen Massenmorde an den Juden vertuscht zu haben
Jetzt hat der Vatikan das Geheimarchiv über ihn der Öffentlichkeit geöffnet**

von Gerhard Feldbauer, 5. März 2020

Papst Pius XII., das ist dokumentarisch belegt, hat in Italien und Deutschland als damaliger Kardinalstaatssekretär aktiv dazu beigetragen, den an die Macht gekommenen Faschismus zu festigen. Seit dem 2. März 1939 bis zu seinem Tod am 9. Oktober 1958 hat er als Papst die ihm bekannt gewordenen Massenmorde an den Juden vertuscht, nach 1945 Zehntausenden Kriegsverbrechern zur Flucht verholfen und in Italien den Faschismus über seine Niederlage hinweggerettet. Nun hat der Vatikan seit dem 2. März die seit mehr als sechs Jahrzehnten geheim gehaltenen Dokumente über seine Amtszeit freigegeben. Es soll sich um Millionen Dokumente handeln. Ob sie vollständig sind, wird sich erweisen. Die Forscher werden jedenfalls mit brisanten Tatsachen konfrontiert werden. Im Folgenden dazu die Wichtigsten.

Knapp sechs Monate nach Hitlers Machtantritt schlossen der Vatikan und die Hitlerregierung ein Reichskonkordat. Bei dessen

Ausarbeitung führte auf Seiten des Vatikans Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli (der spätere Papst Pius XII.) die Feder und unterzeichnete es am 20. Juli 1933 im Vatikanstaat mit Hitlers Vizekanzler Franz von Papen. Papst Pius XI. hatte bereits am 12. April 1933 von Papen zusammen mit Reichsminister Hermann Göring, dem zweiten Mann an der Spitze der Nazi-Partei, in Privataudienz empfangen. Pius XI. hatte von ihnen "einen guten Eindruck", wie er sagte, und war glücklich zu hören, dass "das neue Deutschland eine entscheidende Schlacht gegen den Bolschewismus" schlage. [1] Die Präambel des Konkordats verkündete, "die zwischen dem Heiligen Stuhl und dem deutschen Reich bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zu festigen und zu fördern". Für Hitler war das Konkordat ein außerordentlicher außenpolitischer Erfolg, denn es war der erste völkerrechtliche Vertrag, der durch den Vatikan, einer Weltmacht, mit ihm geschlossen wurde.



Nuntius Eugenio Pacelli - der spätere Papst Pius XII. - 1929 in Berlin bei der Beisetzung des Breslauer Weihbischofs Josef Deitmer
Foto: Bundesarchiv, Bild 102-08838 / CC BY-SA 3.0 DE (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en>) via Wikimedia Commons

Das Konkordat verpflichtete die Geistlichen, an allen Sonn- und Feiertagen im Anschluss an den Hauptgottesdienst für "das Wohlergehen" Hitlerdeutschlands zu beten und die Bischöfe dazu, "Vor Gott und auf die heiligen Evangelien" zu schwören, "die verfassungsmäßig gebildete Regierung zu achten und von meinem Klerus

Geistliche der NS-Zeit auch im Nachkriegsdeutschland in Amt und Würden - hier Erzbischof Hermann Wilhelm Berning von Osnabrück (4.v.l.) auf dem 76. Deutschen Katholikentag am 5.9.1954 in Fulda

Foto: Bundesarchiv, B 145 Bild-F002134-0002 / Brodde / CC BY-SA 3.0 DE (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/deed.en>)

achten zu lassen." Das bescheinigte dem Hitlerregime entgegen der Realität, es sei "verfassungsmäßig" gebildet worden.

In einem gemeinsamen Hirtenbrief vom 8. Juni 1933 begrüßten die deutschen Bischöfe mit "großer Freude" die Erklärung der führenden Männer des neuen Staates, dass nicht mehr "der mörderische Bolschewismus mit seinem satanischen Gotteshass die deutsche Volksseele bedrohen und verwüsten" dürfe. Es war geradezu eine Zustimmung, ja Segnung der mit dem Machtantritt Hitlers begonnenen Hetzjagd gegen Kommunisten und Sozialisten und alle, die verdächtigt wurden, ihnen nahe zu stehen oder sich gegen die faschistische Diktatur wandten. Darunter befanden sich auch bereits Tausende Katholiken. Allein in Bayern saßen 2.000 Mitglieder und Anhänger der katholischen Bayerischen Volkspartei, einschließlich ihres Vorsitzenden Fritz Schäfer, von ihren Hirten im Stich gelassen, in Hitlers Zuchthäusern. Kardinalstaatssekretär Pacelli hinderte das nicht zu

erklären, mit dem Reichskonkordat sei etwas Segensreiches für die "unsterblichen Seelen" unter "Gottes gütigem Gnadenbeistand" geschaffen worden.

Die Mehrheit der deutschen Kardinäle, Bischöfe und andere geistliche Würdenträger überboten sich in Glückwünschen und Segnungen des Mörderregimes. Bischof Hermann Wilhelm Berning von Osnabrück, der sich von Göring zum Mitglied des Preussischen Staatsrates ernennen ließ, nahm bei einem Treffen mit Hitler widerspruchslos dessen Äußerung entgegen: "Die katholische Kirche hat die Juden 1.500 Jahre als Schädlinge angesehen, sie ins Ghetto verwiesen. Ich gehe auf das zurück, was man 1.500 Jahre getan hat. Ich sehe die Schädlinge in den Vertretern dieser Rasse für Staat und Kirche, und vielleicht erweise ich dem Christentum den größten Dienst." Als 1935 bereits der Schatten des kommenden Weltkrieges über den Ereignissen lag, stellten sich alle deutschen Bischöfe am 20. August hinter ihren Papst und si-



gnalisierten dem Reichskanzler, dass Pius XI. "das moralische Ansehen Ihrer Person und Ihrer Regierung in einzigartiger Weise begründet und gehoben" habe. Hitler feierte das als "rückhaltlose Anerkennung" und "unbeschreiblichen Erfolg". Es war, jubelte der "Völkische Beobachter", eine "ungeheuerliche moralische Stärkung der nationalsozialistischen Reichsregierung und ihres Ansehens".

Kardinal Michael von Faulhaber gab 1936 in einer Predigt von sich, dass "Papst Pius XI. der beste Freund, am Anfang sogar der einzige Freund des neuen Reiches gewesen" sei. Und er betete, "Gott erhalte unserem Volk unseren Reichskanzler". Am 7. Februar 1936 schloss er im Münchner Frauendom eine Predigt mit den Worten: "Katholische Männer, wir beten jetzt zusammen ein Vaterunser für das Leben des Führers". Als das Attentat des Antifaschisten Georg Elsner im Bürgerbräukeller am 8. November 1939 fehlschlug, schickte der Kardinal Hitler umgehend ein Telegramm, in dem er von einem "verabscheuungswürdigen Verbrechen" sprach und Hitler "als Ortsbischof und im Namen der bayerischen Bischöfe wärmsten Glückwunsch für glückliche Rettung" aussprach und Gott bat, "er möge auch ferner seinen schützenden Arm über Sie halten".

Nach dem Überfall auf die UdSSR gingen selbst bis dahin etwas zurückhaltendere Kirchenführer wie der Trierer Bischof Rudolf Bornwasser in ihren Predigten auf die Ideologie der Kreuzzüge über und verkündeten, dass "unsere Gedanken Tag und Nacht bei unseren todesmutigen

Soldaten (weilen), unsere Gebete zum Himmel (steigen), dass Gottes Beistand mit ihnen sei zur erfolgreichen Abwehr der bolschewistischen Bedrohung aller Völker und aller Länder, aber auch zur Befreiung des seit 24 Jahren von der Pest des Bolschewismus verseuchten und teils zugrunde gerichteten, in seiner Tiefe religiös veranlagten russischen Volkes."

Das Konkordat hat Verbrechen und Verbrechen Vorschub geleistet

Der katholische Publizist Johannes Fleischer stellte zum Konkordat und seiner Verwirklichung durch den römischen Klerus klar: "Das Konkordat hat nach Zeitpunkt, Inhalt und offizieller bischöflicher Interpretation Verbrechen und Verbrechen Vorschub geleistet, jede entscheidende Opposition moralisch diffamiert, dem Naziregime die Legitimation verliehen, sich zu den 'auf der Seite der Ordnung stehenden staatlichen Gewalten' zu zählen (Kardinal Pacelli am 30. April 1937), und das katholische Volk von vornherein auf den Weg ins Massengrab zur Sicherung der Hitlerdiktatur verpflichtet." [2] Der US-amerikanische Historiker Gordon Zahn nannte die Kirche "eine Agentur des Dritten Reiches". Im deutschen Episkopat hätten nur wenige Bischöfe die Begeisterung für Hitler nicht geteilt und der Judenverfolgung widersprochen, z. B. die Bischöfe Johannes Baptista Sproll von Rottenburg und Konrad Graf von Preysing von Berlin. Über letzteren schrieb Goebbels in seinen Tagebuchaufzeichnungen vom 21. April 1942: "Der Bischof Preysing von Berlin

betätigt sich weiter als Hetzer gegen die deutsche Kriegsführung." [3]

In der Öffentlichkeit ist kaum bekannt, dass im Gegensatz zu Spanien das Reichskonkordat mit Hitler in der BRD unverändert geltendes Recht ist. Der nie von einem Parlament sanktionierte Vertrag wurde vom Bundesverfassungsgericht 1957 bestätigt und damit für rechtsgültig erklärt. "Das alles erweckt nicht von ungefähr den Eindruck eines veritablen Bündnisses von Thron und Altar, respektive von Kapital und Klerus", schrieb Ingolf Bossenz. "Die Kirche dankt für erwiesene und künftige Wohltaten mit der Absegnung der herrschenden Verhältnisse." Diese Wohltaten bestehen u. a. darin, dass der Staat heute in Deutschland die beiden Großkirchen (katholische und evangelische) jährlich mit zwischen schätzungsweise 10 bis 14 Mrd. Euro finanziert und obendrein für sie die Steuern eintreibt. Den Gläubigen ist nicht oder kaum bekannt, dass der Staat ebenso ihre Bischöfe und unzählige Geistliche besoldet, Kirchentage und Priesterseminare und zahlreiche theologische Fakultäten finanziert, zum Unterhalt ihrer Krankenhäuser beiträgt, den Religionsunterricht an den öffentlichen Schulen einrichtet und bezahlt, und, nicht zu vergessen, dass er natürlich die Ausgaben für die Militär- und Polizeiseelsorge wie auch für die in den Gefängnissen trägt. [4]

Am 2. März 1939 trat Eugenio Pacelli als Pius XII. sein Pontifikat an. In Spanien hatte mit aktiver Hilfe Hitlers, Mussolinis und des Vatikans Franco die Volksfront der Spanischen Republik

niedergeschlagen, seine Truppen marschierten in Madrid ein, es herrschten Terror und Verfolgung Hunderttausender. Pius XII. erste Amtshandlung war, dem spanischen faschistischen Diktator Franco zur Niederschlagung der Spanischen Republik ein Glückwunschtelegramm zu schicken, in dem es hieß: "Die von Gott als wichtigster Diener der Evangelisation der Neuen Welt und als unnehmbares Bollwerk des katholischen Glaubens auserwählte Nation hat soeben den Anhängern des materialistischen Atheismus unseres Jahrhunderts den erhabenen Beweis dafür geliefert, dass über allen Dingen die ewigen Werte der Religion und des Geistes stehen." Ein weiteres Glückwunschtelegramm erhielt Hitler, dem Pius XII. "mit den besten Wünschen den Segen des Himmels und des allmächtigen Gottes" übermittelte.

Nach 1945 wollten viele katholische Würdenträger nichts mehr von ihrer Begeisterung für den "Führer" wissen. Kardinal Faulhaber sprang auf den Zug der westdeutschen Zeit auf und feierte das "Sternenbanner als Wunderzeichen der Gerechtigkeit und der Humanität". Pius XII. höchstpersönlich erklimmte den Gipfel der Heuchelei, als er Kardinal Faulhaber "die höchste Anerkennung für seinen ausdauernden Kampf gegen das Naziregime" aussprach.

Ein ähnlicher Heiligenschein wurde Kardinal Clemens August Graf von Galen verliehen, der 1995 sogar selig gesprochen wurde. Sein einziges Verdienst sei gewesen, "gegen die Tötung von Behinderten zu protestieren", schrieb Uta Ranke-Heinemann.

Er sei jedoch "keineswegs ein Widerstandskämpfer gegen die Judenverfolgung" gewesen, sondern "ein Antisemit und Kriegsfreund". Am 5. September 1933 unter Hakenkreuzfahnen zum Bischof geweiht, schrieb er in seinem ersten Hirtenbrief: "Wir wollen Gott dem Herrn für seine liebevolle Fügung dankbar sein, welche die höchsten Führer unseres Vaterlandes erleuchtet und gestärkt hat, dass sie die furchtbare Gefahr, welche unserem geliebten Volk durch die offene Propaganda für Gottlosigkeit und Unsittlichkeit drohte, erkannt haben und sie auch mit starker Hand auszurotten suchen." Der auf den Altar gehobene Galen lobte Franco dafür, dass der gottlose Bolschewismus in Spanien "mit Gottes und Hitlers Hilfe besiegt" wurde. Im März 1942 pries er die siegreichen deutschen Soldaten, deren Kampf ein Kreuzzug gegen den Bolschewismus sei, mit dem sie Europa vor der roten Flut bewahrten. Für die Seligsprechung Galens wurde angeführt, er habe sich gegen die Judenvernichtung gewandt, das aber nicht öffentlich getan, weil die Juden ihn selbst gebeten hätten, sich nicht zu äußern, "um Schlimmeres zu verhindern". Diese Legende, die heute noch auch über "das Schweigen" Pius XII. zur Vorbereitung von dessen Seligsprechung verbreitet wird, hat der damalige Vorsitzende des Zentralrates der Juden, Heinz Galinski, scharf zurückgewiesen. [5]

Das geschah zur gleichen Zeit, da unter Pius XII. im Franziskanerkloster in Rom der vorherige großdeutsche, nunmehr nur noch österreichische Bischof Alois Hudal, auch er ein begeisterter Vertreter des Bündnisses des Vati-

kans mit dem Faschismus, Nazi-Verbrechern wie Eichmann und Bormann falsche Pässe zur Flucht auf der Rattenlinie nach Südamerika ausstellte.

Die "Rattenlinie"

Bei Kriegsende 1945 fügte der Vatikan seiner Politik des Bündnisses mit dem Faschismus eine neue Seite hinzu. Für Tausende und Abertausende führende Faschisten organisierte er unter Pius XII. die Flucht über die im Geheimdienstjargon "Rattenlinie" genannte Route nach Südamerika oder beteiligte sich aktiv daran. Dazu gehörten neben international gesuchten Kriegsverbrechern wie dem NSDAP-Reichsleiter Martin Bormann, Adolf Eichmann, der KZ-Arzt von Auschwitz Josef Mengele, der Kommandant der Vernichtungslager von Sobibor und Treblinka, Franz Sprangl, und der des Ghettos in Przemyśl, Josef Schwammberger, der Führer der Ustascha-Faschisten und Chef des unter der Okkupation Hitlerdeutschlands proklamierten "Unabhängigen Staates Kroatien", Ante Pavelic, mit fast seinem gesamten Kabinett.

Ausgeschleust wurden deutsche und italienische Faschisten, belgische und französische Kollaborateure, kroatische Ustascha, slowakische Klerikalfaschisten, ungarische Pfeilkreuzler und Angehörige der rumänischen "Eisernen Garde". Wie der argentinische Historiker Uki Goñi Sin seinem Buch "Odessa" (Hamburg 2006) recherchierte, waren wenigstens 300 der ausgeschleusten Faschisten bereits in Europa abgeurteilt oder angeklagte Kriegsverbrecher. Allein etwa 50.000 Deut-

sche und Kroaten konnten nach Argentinien entkommen, das zur Zeit des Faschismus in Deutschland ein Nazi-Eldorado bildete. Von den fast 40.000 dort lebenden Deutschen waren die meisten aktive Anhänger des Hitlerregimes gewesen. Die NSDAP-Organisation in Argentinien war eine der stärksten Auslandsorganisationen Hitlerdeutschlands und Buenos Aires Zentrale der faschistischen Propaganda und der Spionage für ganz Südamerika. Unter Juan Perón, einem Bewunderer Hitlers und Mussolinis, der Argentinien von 1946 bis 1955 als Präsident regierte, wurde das Land zu einem neuen Paradies für geflohene Nazi-Verbrecher.

Mit Hilfe der BRD

Nach der Gründung der Bundesrepublik 1949 betreute deren Botschaft in Argentinien die geflohenen Faschisten nicht nur, sondern hatte unter ihren Diplomaten und Mitarbeitern selbst frühere NSDAP-Mitglieder. Sie stellten dem KZ-Arzt Mengele, der unter falschem Namen eingereist war, unter seinem echten Namen einen Reisepass aus, mit dem er in die Schweiz und zurück reisen konnte. Der im Oktober 1946 in Nürnberg zum Tode verurteilte Martin Bormann besaß, als Jesuitenpriester getarnt, auf den jüdisch klingenden Namen eines in Polen geborenen Eliezer Goldstein ausgestellt Papiere des Vatikans mit der Unterschrift Pius XII., mit denen er nach Brasilien gelangte. Das waren keine Einzelfälle. [6]

Im Staatssekretariat des Vatikan leitete die Rettungsaktion Giovanni Battista Montini. Als Ressortleiter gehörte er zur Spitze des

1943/44 gebildeten vatikanischen Geheimdienstes Pro Deo, der eng mit dem Office of Strategic Service (OSS) und später mit seinem Nachfolger, der CIA, zusammenarbeitete. Montini stellte OSS/CIA die Akten über politisch aktive Priester zur Verfügung, von denen viele als Agenten angeworben wurden. Die geheimdienstliche Zusammenarbeit zwischen CIA und Pro Deo sowie dem Vatikan überhaupt wurde noch vertieft, als Montini 1963 zum Papst aufstieg. In ihrem bei Erscheinen 1976 Aufsehen erregenden Buch "Gli Americani in Italia" (Mailand 1976) belegten die Autoren Roberto Faenza und Marco Fini, dass Ziel dieser Zusammenarbeit war, dominierenden Positionen der Kommunisten in der künftigen Entwicklung in Italien und einem "linken Vormarsch" entgegenzuwirken.



Aus Kirchensicht verdient im Kampf gegen den "linken Vormarsch" - Giovanni Battista Montini, Erzbischof von Mailand und späterer Papst Paul VI., in einer Aufnahme von 1956

Foto: archidiosesis de milan / Public domain via Wikimedia Commons

Um die Verbindungen zum Vatikan zu festigen, traten führende CIA-Leute wie James Angleton, Chef des OSS in Rom, die langjährigen CIA-Direktoren John McCone und William Casey in den Orden der Malteserritter ein. [7] Ihm gehörte auch der frühere Geheimdienstagent Mussolinis Licio Gelli an, der Anfang der 70er Jahre auf Betreiben der CIA die faschistische Putschloge und Zentrale der Spannungsstrategie P2 gründete. [8] Zu Montinis Helfern bei der Fluchthilfe gehörte der SS-Sturmbannführer Karl Hass, der zusammen mit dem SS-Chef von Rom, Herbert Kappler, und dessen Stellvertreter Erich Priebke u. a. an der Ermordung der 335 Geiseln im März 1944 in den Ardeatinischen Höhlen bei Rom beteiligt war. Kappler und Priebke hatten Tausende italienische Juden zur "Endlösung" in die Konzentrationslager geschickt. [9] Eine Anzahl von Kriegsverbrechern fand, bevor sie ausgeschleust wurden, Unterschlupf im Vatikan.

Zu den hohen katholischen Würdenträgern, die sich an der Fluchthilfe aktiv beteiligten, gehörten Kardinal Antonio Caggiano und Bischof Augustin Barrère (Argentinien), der österreichische Bischof Alois Hudal, der Prälät Ference Luttor aus Ungarn. Hudal, der einen christlichen Nationalsozialismus vertreten hatte ("Für Kirche und Nation"), rühmte sich in seiner Autobiographie mit den Dankschreiben Dutzender Nazis, die er "mit falschen Ausweispapieren ihren Peinigern durch die Flucht in glücklichere Länder entrissen" habe. Die so ihrer gerechten Strafe Entkommenen prahlten damit, wie es in einem Dankschreiben hieß, "bis

1945 im Kampf gegen den Bolschewismus, für Europa" gestanden und "während dieser gewaltigen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus" an der Front und in der Heimat "unbeugsam und kompromisslos" ihre Pflicht erfüllt zu haben. [10]

Laut 1975 in Washington freigegebenen Aufzeichnungen von Beamten des Finanzministeriums soll der Vatikan bei Kriegsende vom faschistischen Ustascha-Regime in Kroatien Gold im Werte von 250 Millionen Schweizer Franken "in Verwahrung" genommen haben. Das wurde durch Unterlagen des OSS belegt. Die 250 Millionen stammten aus dem Vermögen von insgesamt 350 Millionen Schweizer Franken von mehreren Hunderttausend Serben, Juden, Sinti und Roma sowie oppositionellen Kroaten, die das Ustascha-Regime von 1941 bis 1945 umbrachte. 100 Millionen hatten britische Truppen an der Grenze zwischen Österreich und der Schweiz bei Kriegsende sichergestellt. Experten erinnerten sich, dass Giovanni Battista Montini während der Rettungsaktionen für die Ustascha-Faschisten wohl deshalb mit dem Pavelic-Vertrauten Krunoslav Draganovic im Kloster San Girolamo in Rom extra eine "kroatische Sektion" gebildet hatte. [11]

Den Faschismus über seine Niederlage hinweggerettet

Als im Frühjahr 1943 führende italienische Kapitalkreise und Militärs planten, Mussolini zu stürzen und mit der Achse mit dem Hitlerfaschismus zu brechen, kontaktierten sie dazu neben den Amerikanern und Briten auch den

Vatikan. Dieser hatte 1922 den Machtantritt des "Duce" aktiv befördert. Ohne seine Zustimmung hätte auch sein Sturz durch eine Palastrevolte nicht stattfinden können. Der Vatikan stellte zur Bedingung, die Strukturen des faschistischen Regimes zu erhalten. Im Auftrag Pius XII. informierte Giovanni Battista Montini, der spätere Papst Paul VI., dass der Vatikan ganz zur Verfügung stehe, wenn es gelte, "zugunsten des Landes" und zur Beibehaltung der "inneren Ordnung" zu handeln. Laut der amerikanischen Zeitschrift "Life" vom 14. Dezember 1943 ging es darum, "sich von Mussolini und den Deutschfreundlichen zu befreien, das System aber zu erhalten."

Diese Politik setzte der Vatikan unter Pius XII. nach 1945 unverändert fort. Er scheute sich nicht, dazu auch mit der CIA, der faschistischen Putschloge Propaganda Due (P2) und der Mafia zu kollaborieren. Um einen linken Sieg bei den ersten Parlamentswahlen nach Kriegsende im April 1948 zu verhindern, entfesselte er eine fanatische antikommunistische Hetze. Und das, obwohl die IKP unter Generalsekretär Palmiro Togliatti zur Verständigung mit der katholischen Kirche in der 1947 verabschiedeten Verfassung der Italienischen Republik der Aufnahme des 1929 mit Mussolini geschlossenen Konkordats zugestimmt hatte. Während des Besuchs von Ministerpräsident Alcide de Gasperi (Democrazia Cristiana - DC) verkündete am 22. Januar 1947 Erzbischof Flannally in Anwesenheit von Kardinal Francis Spellman in der St. Patrick's Cathedral von New York: "Das Mittelmeer ist ein christliches Meer, das nicht durch den

atheistischen Kommunismus mit seiner tödlichen Faust rot gefärbt werden darf."

Am 22. März 1947 folgte Präsident Truman mit seiner berühmten Rede, in der er die später nach ihm benannte Doktrin der "Eindämmung des Kommunismus" verkündete. Er erklärte die USA "zum mächtigsten Land der Welt, ja zweifelsohne zum mächtigsten Land in der gesamten Menschheitsgeschichte" und proklamierte ihr "Recht" zur Einmischung in Staaten, die tatsächlich oder angeblich unter kommunistischem Einfluss stünden. Pius XII. folgte diesen Zielen bedingungslos und rief öffentlich auf, die DC zu wählen. Durch einen Erlass des Heiligen Officiums ließ er massenweise Kommunisten und Sozialisten exkommunizieren, um von der Wahl der Arbeiterparteien abzuschrecken. Aus den USA griff ein von der 500.000 Mitglieder zählenden ultrarechten italienischen Emigrantenvereinigung "Sons of Italy" mit gegründetes "Amerikanisches Komitee für Demokratie in Italien" aktiv in den Wahlkampf ein. Von den rund sechs Millionen Italo-Amerikanern ging eine Briefflut zu Angehörigen nach Italien, in der aufgerufen wurde, Christdemokraten zu wählen, um einen roten Machtantritt zu verhindern. Die von den USA finanzierte klerikale "Azione Cattolica" bildete 20.000 Bürgerkomitees, die in hasserfüllten Losungen verkündeten, bei der Wahl gehe es um Christ oder Antichrist, Gläubige oder Gottlose, Rom oder Moskau.

Der Komitee-Vorsitzende, Luigi Gedda, forderte, die bereits im Dezember 1946 von der US-Mi-

litärregierung zugelassene Mussolini-Nachfolgerpartei Movimento Sociale Italiano (MSI) in ein "nationales Bündnis" einzuschließen. Der Faschismus, so Gedda, sei lediglich "ein Exzess großerherziger und gesunder Ideale von Patriotismus und Autoritätsgläubigkeit" gewesen. Die Pfarrer schrieten von den Kanzeln herab von "mongolischen Lagern im Schatten des Kolosseums". Unter einem linken Regime sagten sie einen wirtschaftlichen Bankrott voraus, während eine christliche Regierung mit der Hilfe Amerikas rechnen könne. Der General der Jesuiten, Giovanni Batista Jansen, setzte sich dafür ein, die Wahlkampagne des MSI auch finanziell zu unterstützen. In den 50er Jahren kam es dann zu einer engen Zusammenarbeit der "Azione Cattolica" mit faschistischen Organisationen, darunter der Studentenvereinigung FUAN des MSI. [12] Im Ergebnis dieser antikommunistischen Hetzkampagne erzielte die Democrazia Cristiana am 18. April 1948 mit 48,5 Prozent einen triumphalen Wahlsieg.

Nach der Freigabe von Geheimdokumenten durch die Clinton-Administration für Forschungszwecke im November 1994 wurde bekannt, dass das Pentagon "für den Fall, dass die Kommunisten in Italien mit legalen Mitteln an die Macht kommen" sollten, eine sofortige Intervention geplant hatte, welche die Abtrennung Sardinien und Siziliens und die Organisation eines Guerillakrieges einschloss. Die USA könnten "es den Kommunisten nicht gestatten, mit legalen Mitteln an die Macht zu kommen", weil die "psychologi-

schon Erschütterungen gewaltig wären", hieß es. Als Alternative hatte man in Washington erwogen, "das Wahlergebnis zu fälschen". [13]

Für Einheitsblock mit den Faschisten

"Zur Kontrolle der innenpolitischen Entwicklung und des Kampfes gegen den Kommunismus in Italien" ließ Pius XII. im Vatikan ein Sonderbüro bilden. Unter Leitung von Giovanni Battista Montini gehörten ihm die Kardinäle Enrico Gasparri und Camilo Caccia-Domeniani, der Jesuitengeneral Padre Norberto Boynes sowie der Erzbischof von Genua, Pietro Boetto an. Das Büro arbeitete eng mit der CIA zusammen. [14] Der Vatikan förderte die Politik der christdemokratisch geführten Regierungen und der Staatspräsidenten, die Faschisten salonfähig zu machen. 1950 empfingen Staatspräsident Luigi Einaudi und Ministerpräsident De Gasperi eine MSI-Delegation mit ihrem Sekretär Arturo Michelini an der Spitze. 1953 stützte sich die Regierung Giuseppe Pella, eines zur DC gewechselten ehemaligen Mussolini-Faschisten, auf die Stimmen des MSI, um die erforderliche Mehrheit bei der Vertrauensabstimmung zu erhalten. 1957 bediente sich die Regierung Adone Zoli und danach die von Antonio Segni der Stimmen der Faschisten.

1960 versicherte sich Fernando Tambroni, ein früherer Hauptmann der faschistischen Miliz, seit 1926 Mitglied der Mussolinipartei und nunmehriger Ministerpräsident der DC, der Unter-

stützung seiner faschistischen Kumpane. Als Tambronis Verhalten auf scharfe Kritik stieß, erhielt er Rückendeckung durch die Kardinäle Alfredo Ottaviani und Giuseppe Siri, die sich für die Zusammenarbeit mit den Neofaschisten aussprachen. Es handele sich bei ihnen um gute Katholiken, was bei den Sozialisten nicht der Fall sei. [15] Dementsprechend wurden später weitere zwei Bewerber der DC nur dank der faschistischen Stimmen zum Staatspräsidenten gewählt: 1962 Antonio Segni und 1972 Giovanni Leone. Der einflussreiche Kleriker Don Luigi Sturzo, 1919 Gründer der katholischen Volkspartei, rief 1952 die DC und die anderen bürgerlichen Parteien auf, zusammen mit dem MSI und den Monarchisten einen Einheitsblock gegen die "rote Machtübernahme" zu bilden. [16]

Als sich mit Beginn der 50er Jahre die Forderungen verstärkten, das MSI als Nachfolger der Mussolinipartei zu verbieten, wandten sich Vatikankreise dagegen. "Civiltà Catolica" verurteilte es am 18. März 1953, "die 20 Jahre Faschismus als völlig negativ zu bewerten" und nannte das "eine Verleumdung des Vaterlandes". Die DC folgte dieser Linie. Premier Giuseppe Pella empfing umgehend eine Delegation der faschistischen CISNAL-Gewerkschaft, und Zoli genehmigte dem MSI, den Leichnam Mussolinis in dessen Heimatort Predapio in einem Ehrenhain beizusetzen. Im Ergebnis der klerikalen Unterstützung konnte das MSI bei den Parlamentswahlen 1953 seine Stimmen mit 5,8 Prozent mehr als verdreifachen.



Seit April 1944 war Pius XII. über den Massenmord an den Juden in Auschwitz informiert

Pius XII. wurde im April 1944 von dem Erzbischof und Nuntius (Botschafter) des Vatikans, Angelo Giuseppe Roncalli (dem späteren Papst Johannes XXIII.) [17], über die barbarischen Verbrechen des Hitlerfaschismus an den Juden, "die Gräueltat in Auschwitz", informiert. Roncalli unterhielt in Istanbul Kontakte zu dem Emissär der Jewish Agency, Haim Barlas, von dem er umfangreiche Informationen über die in Auschwitz begangenen Verbrechen erhielt. Sie stammten von zwei Juden, die im April 1944 aus Auschwitz fliehen konnten, und wurden später als "Protokolle von Auschwitz" bekannt. Aus ihnen ging klar der Zweck der Lager in Auschwitz hervor - die massenhafte Vernichtung der Juden.

Unerwünschtes Telegramm zum Judenmord vom April 1944 - verfaßt von Nuntius Angelo Giuseppe Roncalli, dem späteren Papst Johannes XXIII., hier bei den Olympischen Spielen in Rom im Jahr 1960

Foto: Harry Pot / Anefo / CC0, via Wikimedia Commons

Roncalli schickte unverzüglich eine Zusammenfassung des Berichts per Telegramm nach Rom. Es wird in einem Briefwechsel erwähnt, den der Nuntius mit Barlas führte, der in dessen privatem Nachlass in Israel gefunden wurde. Unter der Überschrift "Ein ignoriertes Telegramm" berichtete die spanische Geschichtszeitschrift "Historia y Vida" darüber und hielt fest, dass die bis heute verbreitete Version des Vatikans, er habe "erst im Oktober 1944" über genauere Details über Auschwitz verfügt, eine Lüge ist.

[18] Mit der lakonischen Begründung, die in den vatikanischen Archiven gelagerte Korrespondenz Roncallis sei (man beachte, nach über einem halben Jahrhundert) noch nicht "deklassifiziert" worden, hat es der Vatikan damals abgelehnt, zum Verschweigen der Information durch Pius XII. Stellung zu nehmen. [19]

Roncalli ließ es nicht bei seinen Berichten nach Rom bewenden. Er protestierte zum Beispiel gegen die Judendeportationen offiziell beim slowakischen Präsidenten des katholischen Marionettenregimes, Josef Tiso. Zur Rettung von Juden in Griechenland und Ungarn ließ er diesen Tauscheine ausstellen, wodurch viele gerettet werden konnten. Er hat "ohne mit der Wimper zu zucken alle falschen Tauscheine, um die man ihn bittet", unterschrieben. [20] "Ihm sei es gleich,

ob die Juden wirklich das Sakrament empfangen oder ob sie, wenn der Krieg vorbei war, wieder aus der Kirche austreten wollen. Ihm gehe es nur um die Rettung von Menschenleben", zitiert ihn Lawrence Elliott.

"Kardinal Roncalli ist ein Mann, der das Volk der Bibel wirklich liebt", sagte der damalige Oberrabbiner von Jerusalem, Isaac Herzog, später, "und mit seiner Hilfe wurden Tausende von Juden gerettet." Und Haim Barlach schrieb: "Zu den wenigen heldenmütigen Taten, die unternommen wurden, um Juden zu retten, gehört die Tätigkeit des Apostolischen Delegaten, Monsignore Roncalli." [21] Zu Giovanni Ventitre hält der Publizist Hans Kühner fest, dass er in Israel "als Retter von wohl hunderttausend Juden während der Hitlerdiktatur unvergesslich geblieben ist". Dafür wird seiner in Jerusalem auf der Gedenkmauer Yad Vashem gedacht. Es ist eine Ehrung, die Pius XII., obwohl es ein öffentlich bekanntes Anliegen des Vatikans ist, verwehrt wird.

Die Information Roncallis dürfte in dem jetzt geöffneten Geheimarchiv das am meisten gesuchte Dokument sein. Aus dem Vatikan lancierte Verlautbarungen, die Juden selbst hätten Pius gebeten, nichts zu unternehmen, da das nur ihre Verfolgung verschärfen würde, sind bisher von jüdischer Seite nicht bestätigt worden. [22]

Anmerkungen:

[1] Karlheinz Deschner: Mit Gott und dem Führer, München 1988.

[2] Zitate nach Deschner, a. a. O.

[3] Uta Ranke/Heinemann, "Graf von Galen wird am Sonntag in Rom selig gesprochen", "junge Welt" 7. Okt. 2005.

[4] Bossenz: Das Kreuz mit den Privilegien. "Neues Deutschland" 22./23. Nov. 2008.

[5] Uta Ranke/Heinemann, a. a. O.

[6] ARTE strahlte 1996 zum Thema Nazis, CIA und Vatikan den Film "Ratlines" aus.

[7] Der frühere deutsche Papst Benedikt XVI. gehört dem Malteser Hilfsdienst an.

[8] Heinz Pfeifer: Brüder des Schattens, Zürich 1981.

[9] Guido Gerosa: I Caso Kappler, Mailand 1977.

[10] Ernst Klee: Persilscheine und falsche Pässe, Frankfurt/Main 1991.

[11] Uli Weyland: Strafsache Vatikan, München 1994, siehe auch Goni.

[12] Antonio und Gianni Cipriano: Sovranita limitata. Storia dell'Everzione atlantica in Italia, Rom 1991.

[13] Der "Corriere della Sera" veröffentlichte das vom 5. März 1948 datierte Dokument am 17. Sept. 1994.

[14] Cipriano, a. a. O.

[15] Daniele Barbieri: Agenda nera. Trent'anni di Neofascismo in Italia, Rom 1976.

[16] I Giorni della Storia d'Italia. Dal Risorgimento a Oggi, Novara 1991.

[17] Mit Angelo Giuseppe Roncalli kam am 28. Oktober 1958 der Sohn eines armen Vier-Hektar-Bauern aus der Po-Ebene auf den Stuhl Petri. Er

nannte sich als Papst Giovanni Ventitre, Johannes XXIII. Für knapp fünf Jahre wich er als Pontifex von der Faschismus und Reaktion stützenden Traditionslinie der Kurie ab.

[18] Nr. 467/2007.

[19] Ebd.

[20] Jean Mathieu-Rosay: Die Päpste des 20. Jahrhunderts. Darmstadt 2005.

[21] Lawrence Elliott, Johannes XXIII., Freiburg 1974.

[22] Siehe bereits angeführte Erklärung des Vorsitzenden des Zentralrates der Juden, Heinz Galinski.

*

Quelle:

© 2020 by Gerhard Feldbauer
Mit freundlicher Genehmigung des Autors

<http://www.schattenblick.de/infopool/religion/meinung/rgsp0114.html>

Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ...

Kommentare ... Interviews ...

Reportagen ... Textbeiträge ...

Dokumente ...

Tips und Veranstaltungen ...

<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>



Schattenblick

Informativ, sozial- und umweltkritisch, engagiert

Seit 2013 auch als Wochendruckausgabe

mit Berichten, Reportagen, Kommentaren und Interviews der **Schattenblick-Redaktion**, der **internationalen Nachrichtenagentur Pressenza** und des **Pressedienstes poonal** mit kritischen Analysen und Hintergründen aus aller Welt.

Einzelpreis: € 8,50 inkl. Versandkosten.

Abonnementpreis für vier aufeinander folgende Ausgaben:
€ 28,- inkl. Versandkosten

Für eine Bestellung ist der Preis auf das unten angegebene Konto zu überweisen. Bei Fortsetzungswunsch des Abonnements ist dieser sieben Tage vor Ablauf der ersten Abo-Bestellung mit jeweils € 28,- fortgesetzter Überweisung für die entsprechenden nächsten Ausgaben zu bestätigen. Bleibt eine Bestätigung während dieses Zeitraums aus, gilt das Abonnement als fristgemäß gekündigt. Bei einer Einzelbestellung muß die Einzahlung ebenfalls sieben Tage vor Erhalt getätigt worden sein.

Bestellung unter:

MA-Verlag, Commerzbank Heide
IBAN: DE54 2184 0078 0432 8720 00
BIC: COBADEFFXXX

MA-Verlag
Redaktion Schattenblick

Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwurth
Telefon: 04837 / 90 26 98
E-Mail: redaktion@schattenblick.de
Internet: www.schattenblick.de

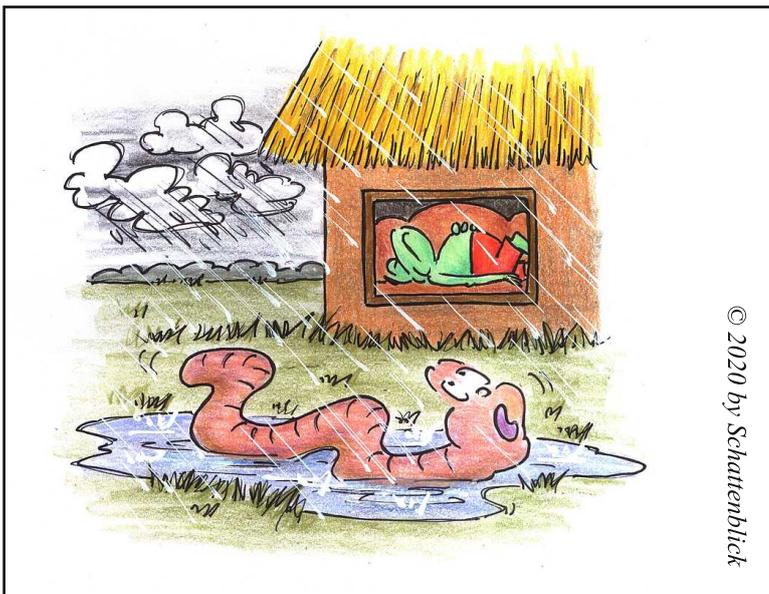
Schattenblick Wochendruckausgabe
- fassen, lesen und begreifen -

- 1 BÜRGER: Tausende von Menschen marschieren für Solidarität mit Flüchtlingen und Migranten (Pressenza)
- 2 FAKTEN: Tausende Radfahrer*innen begeben sich auf die Straße, um eine neue Verfassung zu fordern (Pressenza)
- 2 SCHACH-SPHINX: Sturmbringer gegen solides Sitzfleisch
- 3 BÜRGER UND GESELLSCHAFT - MEINUNGEN: Aus Berlin an die russländische Bevölkerung (Pressenza)
- 4 POLITIK - KOMMENTAR: Chile - Proteste gegen Gewalt wachsen an ...
- 7 POLITIK - KOMMENTAR: USA - Demokratenzwist ...
- 8 POLITIK - SOZIALES: Mexiko - Tausende Frauen demonstrieren in Hermosillo gegen Feminizide (poonal)
- 11 REPRESSION - FAKTEN: Kolumbien - Ein Auge verloren, doch Cristian kämpft weiter (poonal)
- 13 FAKTEN: Mexiko - Indigene Sprache Ixcateco wird nur noch von sechs Personen gesprochen (poonal)
- 14 RELIGION: Massenmorde an Juden vertuscht - Vatikan öffnet Geheimarchiv über Papst Pius XII. (Feldbauer)
- 24 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 10. März 2020

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 10. März 2020

Vorhersage für den 10.03.2020 bis zum 11.03.2020



Grau und Regen und noch Sturm,
und in seinem nassen Bett
windet sich der Regenwurm,
Jean-Luc auf der Couch wird fett.

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.
Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de
Telefonnummer: 04837/90 26 98
Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.